

# Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2026/0187

Verantwortlich: **Dez. 6**  
Dienststelle:  
**Stadtplanungsamt**

## Mehr Modalfilter für mehr Verkehrssicherheit und weniger Durchgangsverkehr Antrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	28.04.2026	22	Ö	Kenntnisnahme
Planungsausschuss	07.05.2026	2	Ö	Behandlung

### Kurzfassung

Die Stadtverwaltung prüft fortlaufend Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, insbesondere in Wohngebieten. Eine pauschal übertragbare Lösung ist nicht möglich. Es sind grundsätzlich Untersuchungen und Einzelprüfungen notwendig, um den Bedarf, die Umsetzbarkeit und den Nutzen zu analysieren. Zudem müssen die straßenverkehrsrechtlichen Voraussetzungen für eine Umsetzung gegeben sein. Die Erschließung der Grundstücke und die Erreichbarkeit z. B. durch Rettungsfahrzeuge und Müllfahrzeuge muss gewährleistet bleiben.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

<b>CO<sub>2</sub>-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz</b> Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input checked="" type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
<b>IQ-relevant</b>	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Zukunftsthema: Fahrradstadt
<b>Abstimmung mit städtischen Gesellschaften</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

## Erläuterungen

Grundsätzlich ist es der Stadtverwaltung ein wichtiges Anliegen, die Verkehrssicherheit kontinuierlich zu erhöhen, nicht zuletzt mit Blick auf die „Vision Zero“-Kampagne des Landes Baden-Württemberg, an welcher Karlsruhe beteiligt ist.

Das Ziel einer nachhaltigen, stadtverträglichen und sicheren Mobilität spiegelt sich im Verkehrsentwicklungsplan, Klimaschutzkonzept, Programm aktive Mobilität, nachhaltiges Parkraummanagement und Verkehrssicherheitskonzept wider.

Dass sich Karlsruhe hierbei auf dem richtigen Weg befindet, zeigt sich zum Beispiel darin, dass der Wegeanteil der Karlsruher Bevölkerung beim Umweltverbund bei 73,4% liegt (Quelle: Haushaltsbefragung SrV 2023). Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden in Karlsruhe ist rückläufig. Insbesondere die Anzahl der bei Unfällen schwerverletzten Personen ist stark gesunken (Quelle: Verkehrsstatistik des Polizeipräsidiums Karlsruhe).

Grundsätzlich sind die Verkehrsberuhigung und die Reduzierung von Schleich- und Durchgangsverkehr in Wohngebieten wünschenswert. Allerdings ist dies nicht ohne Weiteres zu erreichen. Neben der Prüfung von Geschwindigkeitsreduzierungen und baulichen Anpassungen kann auch der Einsatz von modalen Filtern geprüft werden.

Modale Filter sind nicht pauschal und überall einsetzbar, da sich Verdrängungseffekte auf umliegende Gebiete entwickeln können. Eine Einzelfallprüfung und Analyse der Situation ist daher erforderlich. Zur Prüfung des Bedarfes und Nutzens ist mindestens eine Kennzeichenerfassung sowie die Überprüfung des Unfallgeschehens notwendig.

So ist auch der modale Filter in der Sophienstraße / Ecke Lessingstraße nicht ohne Weiteres übertragbar. Da die Lessingstraße versetzt an die Sophienstraße anbindet, konnte eine Diagonalsperre angebracht werden. Im Zusammenspiel mit der Änderung der Einbahnstraßenregelung in der nördlichen Lessingstraße, diente dies der Entschärfung der Unfallhäufungsstelle. Gleichzeitig unterbindet die Diagonalsperre den Durchgangsverkehr.

Die Einsatzmöglichkeit von modalen Filtern muss neben den verkehrsplanerischen Aspekten auch straßenverkehrsrechtlich geprüft werden. Danach sind Verkehrseinrichtungen nur dort anzuordnen, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Insbesondere Beschränkungen (wie modale Filter) und Verbote des fließenden Verkehrs dürfen nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht. Zudem muss die Erschließung der Grundstücke und die Erreichbarkeit z. B. für Rettungsfahrzeuge und Müllfahrzeuge gewährleistet bleiben.

Die Annahme, dass modale Filter kostengünstig sind, ist in Anbetracht des planerischen Aufwands und der zu treffenden verkehrstechnischen Begleitmaßnahmen, nicht ganz richtig. Zudem sind, wie das Beispiel Sophienstraße in Höhe des Lessinggymnasiums zeigt, oft auch gestalterische Maßnahmen erforderlich, um beispielsweise nicht mehr nutzbare Parkierungsflächen nicht brach liegen zu lassen.

## Weiteres Vorgehen

Die Stadtverwaltung prüft fortlaufend Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, insbesondere in Wohngebieten. Eine pauschal übertragbare Lösung ist nicht möglich. Es sind grundsätzlich Untersuchungen und Einzelprüfungen notwendig, um den Bedarf, die Umsetzbarkeit und den Nutzen zu analysieren. Zudem müssen die straßenverkehrsrechtlichen Voraussetzungen für eine Umsetzung gegeben sein. Die Erschließung der Grundstücke und die Erreichbarkeit z. B. durch Rettungsfahrzeuge und Müllfahrzeuge muss gewährleistet bleiben.